Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 Fernsprecher Nr. 501

Nr. 185 Dienstag, den 29. November 1927 45. Jahrgang

Beruhigung in Litauen

Vor der Bildung einer nationalen Einheitsfront — Eine Erklärung Woldemaras

Eine Poincaree-Bilanz

Paris, Ende November 1927.

Wohl ist die Ziffer der französischen Arbeitslosen, die Anfang März bis auf 82 000 gestiegen war, langsam wieder auf 10 000 gesunken, wohl stellte Poincaree ein Budget auf, das mit seinen rund 55 Milliarden ungefähr die Ausgaben durch Einnahmen decken läßt, doch wütet die Wirtschafts- und Finanzkrise in Frankreich weiter und nimmt dauernd stärkere Formen an. Der Segen der Poincaree-Regierung ist brüchig geworden, und ihre treuesten Anhänger haben ja dadurch ihre Zweifel kundgetan, daß sie zu dem letzten Budgetvorschlag Gegenanträge einzubringen wagten! Die Rechte, die es sich gerade in den Finanzfragen angewöhnt hatte, Poincaree lautlos zu folgen, hat infolge des Nahens der Wahlen plötzlich so starke Bedenken an der Richtigkeit der Poincaree-Methode bekommen, daß sie etwas rühriger im Protestieren wird.

Mit welchen Hoffnungen war doch Poincaree im Juli vorigen Jahres von den Finanzkreisen begrüßt worden! Damals erwartete man die sofortige Stabilisierung des Franken und war ganz enttäuscht, als es Ende vorigen Jahres noch immer hieß, die Stabilisierung des Franken gehe nicht von einem Tag auf den anderen. Jetzt hat man schon anderthalb Jahre vergeblich gewartet. Das würde man schließlich noch hinnehmen, da ja die Kursschwankungen des Franken nur minimal sind und den Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland nicht mehr stören, wenn die sonstigen Bedingungen eines guten Wirtschaftslebens vorhanden wären. Aber leider ist man mitten in der Krise, und das Erwachen nach dem großen Vertrauens-Traum scheint furchtbar zu werden. Denn die französische Erfahrung zeigt, daß sich allein mit dem Ruf: „Vertrauen in Poincaree!" doch nicht auf die Dauer regieren läßt, sondern auch die Regierung verpflichtet ist, Maßnahmen zu ergreifen, die auf einige Zeit Ruhe schaffen. Das ist aber so wenig der Fall, daß der Abg. Vincent-Auriol, der Finanzsachverständige der französischen Oppositionsparteien bereits von einem „Kreuzzug der Gewissensbisse" spricht: „Nach zwei Jahren Ungewißheit und Unsicherheit freut man sich noch immer, Poincaree dienen zu dürfen. Aber bald kommt die Müdigkeit, die Furcht, die Flucht. Gegen die zu stark angezogene Steuerschraube beginnt man jetzt schon einen Kreuzzug, — den Kreuzzug der Gewissensbisse. Das ist die Regierung der ganzen Finanzpolitik, deren Wesenskern in einer großen Steuerleistung besteht. Wer früher jubelte, schimpft heute. Hoffentlich gehen diese Herren nicht so weit, womöglich noch uns Sozialisten anzuklagen, daß wir diese Steuern geschaffen hätten, und daß wir für ihre eigenen Missetaten verantwortlich seien".

Die Ernte war in diesem Jahr gut, für Getreide, für Kartoffeln, für Trauben. Aber da die Kaufkraft der Bevölkerung nicht mehr so stark ist wie vorher und besonders nicht so stark wie zur Zeit der Frankeninflation, müssen die Leute auf dem Lande ihre Waren zu billigen Preisen abzusetzen suchen, während sie ihre landwirtschaftlichen Geräte nur weiter zu teuren Preisen erstehen können. Aehnlich hat sich der Verdienst der Kaufleute vermindert, da die importierten Rohstoffe im Preise gestiegen sind, während das Publikum auch da im Geldausgeben zurückhält. Und nun kommt der große Steuerdruck Poincarees auf die Stadt- und Landbevölkerung, das heißt auf Leute, die sich in der letzten Zeit ohnehin sehr hatten einschränken müssen. Das gibt die Krise!

Vielleicht wäre man zufriedener, wenn Poincaree schon längst wenigstens einen finanziellen Gesamt-Gesundungsplan vorgelegt hätte, wenn man also schon genau wüßte wofür man letzten Endes zahlt. Denn natürlich wächst auch die Furcht, alles könne wieder zum Fenster hinausgeworfen sein. Poincaree hatte ja groß begonnen. Er hatte erst feierlich die Nationalversammlung im August vorigen Jahres nach Versailles einberufen, um eine Amortisationskasse zu schaffen, und Herriot und Painlevee, die beiden Linksmänner des Kabinetts, waren geduldig und gespannt nach Versailles gefolgt. Die Konsolidierung der schwebenden Schuld, damit man sich von der Inflation befreie, wie es in Versailles von Leon Blum und Vincent-Auriol angeraten wurde, hat man bisher nur zum Teil unternommen. Alles, was man sich damals noch in Versailles erhoffen konnte, ist indes in bittere Enttäuschung aufgegangen. Der Abg. Faure schreibt dazu im „Populaire": „Viele wollen nun bereits bei dem Spiel überhaupt nicht mehr mitmachen. Sie wollen sich retten, bevor der allgemeine Untergang ganz klar wird und sie mitverschlingt. Aber das ist unmöglich. Mit einem Peitschenhieb, aus dem Verachtung spricht, weist Poincaree sie wieder in die geduldig folgende Herde zurück. Jetzt müssen sie durchhalten, bis zur Erschöpfung, bis zum Purzelbaum. Da versteht man, warum diese Menschen solch eine Angst vor den kommenden Wahlen haben."

Riga. Die hier hartnäckig umlaufenden Gerüchte über einen Sturz der Woldemarasregierung und einen Putsch in Kowno haben sich als unbegründet erwiesen. Wie feststeht, herrscht bis jetzt in Kowno Ruhe. Sonntag fanden eingehende Beratungen aller Parteivorstände statt. Die gesamte litauische Presse verlangt die Bildung einer nationalen Einheitsfront in Anbetracht der ernsten außenpolitischen Lage. Die Woldemarasregierung hat Fühlung mit den Christlich-Demokraten und den Volkssozialisten aufgenommen, um eine Koalition herbeizuführen. Vorläufig stößt jedoch die Bildung einer Koalition auf Schwierigkeiten.

Der litauische Gesandte in Moskau teilt mit, daß Rußland alles tun werde, um Litauen zu schützen, doch erwartet man hier, daß Rußland sich auf Protestnoten beschränken und selbst im Falle eines polnischen Angriffes nicht zum letzten Mittel des bewaffneten Einschreitens greifen werde. Dessen ungeachtet erregt es hier großes Aufsehen, daß der russische Militärvertreter für die baltischen Staaten in Kowno eingetroffen ist, und mit den zuständigen Stellen Verhandlungen führt.

Die Vertreter Englands und Frankreichs begaben sich aus Kowno nach Wilna. Man erwartet dadurch eine Entspannung der Lage.

Die litauische Gesandtschaft bestätigt der Telegraphen-Union, daß die Gerüchte über Unruhen in Kowno ganz unbegründet seien. Woldemaras verhandele außer mit den angegebenen Parteien noch mit der Bauernpartei über die Bildung einer Koalitionsregierung. Die Verhandlungen ständen bereits vor einem günstigen Abschluß. Alle Parteien hätten erklärt, daß sie für die litauischen Landesverräter, die sich in Wilna versammelt hätten, nur Abscheu empfänden. Die Gerüchte, daß letztere unter den Generalstabsoffizieren in Kowno, Gesinnungsgenossen hätten, seien unbegründet. Der Ernst der Lage habe alle Parteien zusammengeschlossen.

Die Braunschweigischen Landtagswahlen

Braunschweig. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis verteilen sich die Sitze im neuen braunschweigischen Landtag wie folgt: Sozialdemokraten 24 (19), Kommunisten 2 (2), Demokraten 2 (2), Deutschnationale 5 (10), Deutsche Volkspartei 8 (9), Wirtschaftsverband 4 (4), Haus- und Grundbesitzer 2 (0), Braunschweigisch-niedersächsische Partei 0 (1), Nationalsozialisten 1 (1), Zentrum und Volksrechtspartei bekommen ebenso wie die Braunschweigisch-niedersächsische Partei keinen Sitz.

•

Braunschweig. Die Landtagswahlen in Braunschweig haben nach bisher vorliegenden Meldungen folgendes vorläufiges Stimmenergebnis:

	1927	1924
Sozialdemokraten	117 534	103 463
Deutschnationale	24 500	51 289
Deutsche Volkspartei	37 400	47 520
Wirtschaftliche Einh.-Liste	19 525	23 030
Demokrat. Partei	12 325	14 775
Kommunisten	12 440	12 527
Nationalsozialisten	9 565	9 479
Braunschw. N. S. Part.	3 310	8 791
Zentrum	3 935	4 359
Haus- und Grundbes.	11 100	—
Volksrechtspartei	4 400	—

Attentat auf Bürgermeister Seitz

Wien. Auf den Wiener Bürgermeister Seitz wurde Sonnabend abend beim Wiener Nordwestbahnhof ein Revolverattentat verübt. Ein ungefähr 30 Jahre alter Mann gab sechs Schüsse aus einem Revolver auf den Bürgermeister ab, der aber unverletzt blieb. Der Attentäter suchte zu fliehen wurde aber von der Menge ergriffen.

Der Bürgermeister hatte eine Begrüßungsansprache des Besitzers des Schneepalastes, des bekannten norwegischen Schneeschuhläufers Dagfin Carlson, mit Glückwünschen zur Begründung des neuen Sportpalastes beantwortet und den ersten Sprungversuchen hervorragender Skiläufer auf der künstlichen Schneebahn beigewohnt.

Als er sein Auto bestieg, stürzte aus der Menge ein etwa 30jähriger gut gekleideter Mann mit weißem Halstuch gegen den Wagen vor und gab sechs Revolverschüsse ab. Das Auto des Bürgermeisters hat sich bereits in Gang gesetzt und fuhr nach dem Rathaus. Der Bürgermeister und seine Begleiter blieben wie durch ein Wunder unverletzt.

Der Attentäter versuchte zu fliehen und sprang auf einen vorüberfahrenden Wagen der elektrischen Straßenbahn. Polizeidirektor Tandler, der in Vertretung des Polizeipräsidenten Schober der Eröffnungsfeier beiwohnte, und mehrere Polizeioffiziere sprangen über die Gittertür des Wagens dem Täter nach warfen ihn zu Boden und verhafteten ihn. Der Täter ist der stellungslose Schauspieler Richard Strebinger.

Wie weiter mitgeteilt wird, hat Strebinger bereits alle politischen Parteien durchlaufen, ist vom radikalen Kommunisten bei den Hitleranhängern geendet. Als Motiv gibt St. an aus Not das Attentat verübt zu haben, um die Oeffentlichkeit auf sich zu lenken.

Ein Kommunique der litauischen Regierung

Warschau. Wie der „Kurjer Poranny" aus Wilna berichtet, hat die litauische Regierung ein Kommunique veröffentlicht, in dem es heißt:

Die Absichten Polens auf Litauen beunruhigten die Oeffentlichkeit. In Kowno spreche man von einer beabsichtigten Bombardierung der Stadt und verlange den Rücktritt der Regierung. Dieses Verlangen habe aber keinen Zweck, da der Rücktritt der Regierung Litauen in den Augen des Völkerbundes Schaden und nur für Polen günstig sein würde. Polen wolle seine Annektionspläne mit Rücksicht auf den Völkerbund nicht durch einen öffentlichen Krieg, sondern mit Hilfe der sogenannten Emigranten erreichen. Angeblich werde der Führer der von Polen unterstützten Emigranten, Pletschkaitis auch zur Völkerbundstagung nach Genf kommen.

Das Kommunique endet mit folgenden Worten: „Es wird bei uns über die Notwendigkeit, sich mit Polen zu versöhnen, viel gesprochen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß weder Litauen an Polen, noch Polen an Litauen den Krieg erklärt hat. Da bisher keine formelle Kriegserklärung vorliegt, kann auch kein Friede beschlossen werden. Polen wiederholt ständig seine freundlichen Absichten und gleichzeitig macht es Pläne, Litauen zu annektieren. Litauen hat davor aber keine Furcht. Litauen ist kein Angriffsstaat und hat nicht die Absicht, Polen zu überfallen. Aber das litauische Volk ist bereit, seinen Staat bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Pilsudski fährt nach Genf

Warschau. Der „Glos Prawdy" bestätigt anscheinend auf Grund amtlicher Informationen die Nachricht, daß Marschall Pilsudski sich zur Teilnahme an der Völkerbundsversammlung nach Genf begeben werde, um dort persönlich die polnischen Argumente gegenüber den litauischen Ansprüchen auf Wilna zu vertreten.

Die polnische Völkerbundsdelegation wird von Warschau am 2. Dezember abreisen. Sie besteht aus dem Außenminister Zaleski, dem Chef der Völkerbundsabteilung, Grafen Tarnowski und dem Kabinettschef des Außenministers, Szumlakowski.

Polnische Beiträge für die Danziger Deichbauten

Danzig. Durch eine Entscheidung des Kommissars des Völkerbundes ist die Verpflichtung Polens zur Zahlung von Deichbeiträgen für die dem polnischen Fiskus gehörigen Geländes an den Danziger Deichverband anerkannt worden. Diese Entscheidung entspricht einem im Mai gestellten Ersuchen Danzigs dem gegenüber Polen den Standpunkt vertreten hatte, daß der polnische Fiskus weder für die verflossenen, noch für die kommenden Jahre Deichbeiträge zu zahlen habe.

Russisch-baltische Verkehrskonferenz

Nach Moskauer Meldungen begann am 28. November in Leningrad eine Eisenbahnkonferenz zwischen der Sowjetunion, Lettland und Estland. Man darf wohl annehmen, daß Moskau diese Konferenz als Mittel ansieht, die estländischen und lettländischen Interessen an einen Tisch zu bringen, nachdem der Abschluß eines Vertrages mit Rußland, Lettland in Estlands Augen zu einem Konkurrenten in der russisch-europäischen Transitfrage gemacht hat. Dieser Wettbewerb, bei dem Estland verträglich zurücksteht, während Lettland seine natürliche Rolle als Transitland durch seinen Russenvertrag wesentlich befestigt hat, hat jetzt auch zur Verschiebung der Rigaer Zollunionskonfernz zwischen Lettland und Estland geführt. Beachtenswert ist hierbei, daß die Konferenz auf den 26. und 27. November festgesetzt war, jetzt aber nicht stattfindet, daß gleichzeitig aber, nur einen Tag später, in Leningrad eine Konferenz auf russische Einladung stattfindet, bei der Lettland und Estland notwendigerweise gemeinsam auf das Transitproblem zu sprechen kommen müssen. Es wird abzuwarten sein, welcher Erfolg diesem russischen Versuch beschieden sein wird. Mit Estland steht Rußland gegenwärtig auf gespanntem Fuß, und zwar wegen der polenfreundlichen Tendenzen des neuen Außenministers, die nicht ohne Interesse auch für Deutschland sind. Aber es kann angenommen werden, daß Estland sich einer Regelung des Eisenbahnverkehrs im Interesse seiner Transitrolle nicht verschließen wird.

Die Russen in Genf

Offizielle Stellungnahme am Mittwoch.

Genf. Die Sonntag hier eingetroffene sowjetrussische Delegation teilt offiziell mit, daß vor Mittwoch keinerlei Erklärungen über die Stellungnahme der Delegation zu den in den bevorstehenden Verhandlungen zur Erörterung gelangenden politischen Fragen abgegeben werden könnten. Die sowjetrussische Delegation wird wie mit Bestimmtheit verlautet, voraussichtlich bereits zu Beginn der Tagung der Abrüstungskommission in einer längeren grundsätzlichen Erklärung den Standpunkt der Moskauer Regierung zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen präzisieren. Man ist der Ansicht, daß die Delegation grundsätzlich die Notwendigkeit einer sofortigen aktiven Durchführung der Abrüstungsverhandlungen betonen und hierbei auf ihre bisherigen Erklärungen in den Vertragsverhandlungen mit den Nachbarstaaten Rußlands hinweisen wird.

Die Abrüstungskommission wird sich zu Beginn der Tagung zunächst mit dem Briefe des Grafen Bernstorff an London zu befassen haben.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird jedoch voraussichtlich von englischer Seite mit großem Nachdruck gefordert werden, daß die vorbereitende Abrüstungskommission sich streng an die vorliegende Tagesordnung hält und die Verhandlungen ausschließlich auf die Erledigung dieser Fragen beschränkt. Man will auf englischer Seite nach der Wahl des Sicherheitsausschusses sofort eine Trennung der Fragen vornehmen, die dem neuen Sicherheitsausschuß überwiesen werden sollen und die als besondere Abrüstungsfragen weiter von der Abrüstungskommission zu behandeln sind. Man beabsichtigt ferner, den Sicherheitsausschuß bereits im Februar oder März des nächsten Jahres unter dem Vorsitz Benesch zusammentreten zu lassen und anschließend dann die Abrüstungskommission zu einem weit späteren Zeitpunkt einzuberufen.

Das Urteil gegen die polnischen Banditen in Frankreich

Paris. Nach mehrwöchiger Dauer des Prozesses gegen polnische Verbrecher wurden zwei Polen zum Tode verurteilt, und zwar Zinczuk und Pachowski. Zwei erhielten lebenslängliche Zwangsarbeit, drei wurden zu 10 Jahren Kerker, vier zu fünf Jahren Kerker und die übrigen zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Das einzige weibliche Mitglied der Bande, die während zweier Jahre besonders die nördlichsten Departements Frankreichs unsicher machte, erhielt acht Jahre Gefängnis.

Die rumänische Opposition bleibt fest

Bukarest. Vintila Bratianu hat in dem am Sonnabend abend zusammengetretenen Ministerrat über seine Verhandlungen mit der Opposition Bericht erstattet und dabei mitgeteilt, daß eine Koalition mit der Nationalpartei als ausgeschlossen gelten könne. Die Regierung hat beschlossen, daß Parlament zum 2. Dezember einzuberufen u. einen neuen Appell an die Oppositionspartei zur Bildung einer Nationalen Regierung zu richten. Die national-zaranistische Bauernpartei hat beschlossen, der Regierung endgültig bekannt zu geben, daß eine Zusammenarbeit solange nicht möglich sei, als das alte Parlament noch bestehe. Die Opposition werde die Campagne gegen die Regierung fortsetzen. Am 4. Dezember soll eine große Oppositionsversammlung in Bukarest stattfinden.

Deutschland muß Kolonien haben

London. Im „Observer" betont Garvin, daß der Friede in Europa nie gefährdet werden könnte, wenn Großbritannien, Frankreich u. Deutschland grundsätzlich übereinstimmten, ihn zu schützen und im Notfalle zu verteidigen. Eine Uebereinstimmung zwischen den drei Ländern werde leider durch die Art der polnischen Grenzziehung und den vollständigen Ausschluß des deutschen Volkes von überseeischen Besitzungen unmöglich gemacht, obwohl viel kleinere Länder, wie Holland, Belgien und Portugal, große koloniale Besitzungen unterhielten. Wenn man den Grundstein für den Frieden ernsthaft legen wolle, könne man an diesen beiden Fragen nicht vorbeikommen.

Der neue Tiranavertrag

Rom. Zum Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages drückte der albanische Präsident Achmed Zogu telegraphisch Mussolini seinen Dank und den des albanischen Volkes aus. Der Vertrag werde wesentlich das internationale Ansehen Albaniens heben. Albanien berge ein kleines aber stolzes Volk, eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit und könne besser als manches andere Volk mit Befriedigung auf einen solchen Vertrag blicken, der ihm Gelegenheit gebe, seine Eigenliebe zu befriedigen und seine Ideale zu erreichen. Mussolini sagte in seiner Erwiderung, Italien verfolge in diesem Vertrage nur eine Politik der friedlichen Zusammenarbeit zum Schutze der Unversehrtheit, der Unabhängigkeit und des Fortschritts Albaniens. Er sei überzeugt, daß der Vertrag den Hoffnungen der beiden Völker entsprechen werde. Albanien könne jederzeit auf die Solidarität Italiens rechnen. — Der albanische Außenminister Vrioni drahtet an Mussolini, der Vertrag sichere eine lange Aera des Friedens; Mussolini antwortete, daß die albanisch-italienische Zusammenarbeit auf der Basis völliger Parität aufgebaut sei.

Wahlergebnisse aus Mecklenburg

Schwerin. Sonnag fanden in 23 Mecklenburgischen Städten Kommunalwahlen statt. Nach den bisherigen Ergebnissen hat sich in verschiedenen Städten eine Verschiebung nach links ergeben.

Wahlbeteiligung etwa 77 Prozent. Auch aus anderen Orten wird starke Wahlbeteiligung gemeldet, die im Durchschnitt 80 Prozent beträgt. In Teterow haben die Sozialdemokraten ihre Mandatszahl von 4 auf 8 erhöhen können, womit 10 Stimmen der Linken neun Stimmen der Rechten gegenüberstehn. Auch in Eismar hat sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Linken verschoben.

*

Neustrelitz. Auch in Mecklenburg-Strelitz fanden gestern in verschiedenen Gemeinden Wahlen statt. In Neustrelitz erhielt die Liste der Handwerker und Gewerbetreibenden 1 227 Stimmen mit 6 Mandaten (5) Sozialdemokraten 1711 Stimmen, Mandate 7 (6) Bürgerliche Einheitsliste (Völk DT. Nationale, DT. Volkspartei, Demokraten Beamte) 1 614 Stimmen und 7 Mandate (10), Kommunisten 289 Stimmen und 1 Mandat (0).



Wachsende Spannung auf dem Balkan

Der Diktator Bratianu ist eines plötzlichen Todes gestorben und damit die Gefahr eines Umsturzes in Rumänien nahe gerückt. Der alte Venizelos ist nach langjähriger Abwesenheit in Athen eingetroffen und Mussolini hat auf den französisch-südslawischen Vertrag mit einem italienisch-albanischen Schutz- und Trutzbündnis geantwortet. In London glaubt man, daß auch Ungarn an diesem Vertrag mit einem Geheimabkommen beteiligt sei.

Laurahütte u. Umgebung

Bekanntmachung. Die Gemeinde bringt zur Kenntnis, daß die 3 Rate der Zuschläge zur Grundstücksteuer bis zum 1. 12. cr. bezahlt sein muß und jede spätere Zahlung 2 Prozent Zinsen und 5 Prozent Kosten der zu zahlenden Beträge im Gefolge hat.

=i= **Wohltätigkeit.** Der Oberhüttendirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte, Herr Georg Haase, hat für unsere Arbeitslosen 100 Zloty gespendet. Für die durch Wasser- und Sturmschäden in Kleinpolen Geschädigten sind von hiesigen Vereinen weitere 98 Zloty eingegangen, so daß der bisher aufgebrachte Betrag schon 5 115,81 Zloty beträgt. Weitere Spenden werden mit Dank in der Gemeindekasse angenommen.

=i= **Bei den Angestelltenratswahlen** der hiesigen Grubenverwaltung — Bergverwaltung — wurden eine deutsche und eine polnische Liste aufgestellt, die deutsche Liste erhielt 39, die polnische 24 Stimmen. Von der deutschen Liste wurden die Herren Skorupa, Gärtner und Gawron gewählt, während aus der polnischen Liste die Herren Jadwischok und Wons als Gewählte gelten. Das Resultat der Stimmen hat sich im Verhältnis zum vorigen Jahre etwas verschoben, denn die deutsche Liste hat 8 Stimmen verloren, die polnische Liste dagegen 6 Stimmen gewonnen.

Neueröffnung. Fräulein Schneidermeisterin D. Adamski, Bergmannstraße 8, hierselbst, eröffnete am 1. 12. cr. einen fachmännischen Zuschneidekursus, in dem die Mädchen und Frauen vom einfachsten bis zum elegantesten Kleide, die praktische Zuschneiderei für billiges Geld erlernen können. Näheres siehe Inserat.

Schlachtfest. Im Dudas Restaurant gibt es am Dienstag Schweinschlachten. Da es dort außer der guten Küche auch einen famosen Tropfen gibt, ist der Besuch dieses angenehmen Etablissement zu empfehlen. Näheres siehe Inserat.

=o= **Schwerer Grubenunfall.** Auf der Maxgrube in Myslowitz erlitt am Donnerstag, den 24. gegen 11 Uhr vormittags der Bergmann Josef Kusz durch herabfallendes Gestein einen schweren Schädelbruch, so daß er ins Knappschaftslazarett Siemianowice überführt werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

=o= **Autoexpreß.** Unser Ort Siemianowice ist von jeher immer stiefmütterlich behandelt worden, hauptsächlich was Verkehrseinrichtungen betrifft. So geht es uns auch wieder mit dem Schnellautobus der Schlesischen Kleinbahn-Gesellschaft. Dieser Autobus fährt von der Haltestelle Ring in Katowice ab. Wollen wir Laurahütter diesen erreichen, so müssen wir entweder mit der Kattowitzer Straßenbahn um ¾ fahren und in Alfredgrube 15—20 Minuten warten, oder mit der Königshütter Bahn fahren und zum Autobus zu spät kommen. Das liegt aber daran, daß die Straßenbahnen an den Endstationen bis 10 Minuten stehenbleiben, aus welchem Grunde, ist nicht bekannt. Würden die Straßenbahnen pünktlich um Halb und Ganz von Siemianowice abfahren, dann könnte man das Expreß-Auto in Alfredgrube immer erreichen. Ebenso ist es natürlich auf der Rückfahrt, nur ist es in den Abendstunden nicht angenehm und auch nicht sicher genug, in Alfredgrube ¼ Stunde zu warten. Die Direktion der Schlesischen Kleinbahngesellschaft würde sich hier ein großes Verdienst um die Laurahütter Bürger erwerben, wenn sie ihnen hier entgegenkommen und die Schaffner veranlassen würde, pünktlich von der Endstation abzufahren. Bei einigermaßen gutem Willen läßt es sich ohne Schwierigkeiten durchführen. Und die Laurahütter würden dankbar dafür sein.

Gottesdienstordnung:

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte.

Dienstag, den 29. November.

7½ Uhr: Vortrag im Gemeindehaus: Das Geheimnis der Seele.

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Dienstag, den 29. November.

1. hl. Messe: für verst. Michael Gajdzik, Joh. Vater, Joanna Lukosz und zwei Söhne und Verwandtschaft.

2. hl. Messe: zur hl. Hedwig für gefallene Krieger von einigen Frauen.

3. hl. Messe: auf die Intention der Familie Pronobis und für verst. Verwandtschaft.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Dienstag, den 29. November.

6 Uhr: für verst. Emilie Schier, verst. Verwandtschaft Schier und Gotz.

8 Uhr: Begräbnis des verst. Lorenz Pakula.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.